



Medienmitteilung
Bern, 18. Juni 2026

Nein zur Ernährungsinitiative: Wir brauchen keine Staats-Nanny

Die Ernährungsinitiative schränkt die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten ein, belastet KMU mit zusätzlicher Bürokratie und gefährdet die landwirtschaftliche Produktion in der Tessiner Bergregion. Der Schweizerische Gewerbeverband **sgv lehnt die Initiative deshalb klar ab, weil sie auf staatliche Lenkung statt auf Eigenverantwortung setzt.**

«Die Menschen sollen selbst entscheiden können, wie sie sich ernähren möchten», sagt Fabio Regazzi, Tessiner Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Wer sich vegetarisch oder vegan ernähren wolle, solle dies tun können. Wer tierische Produkte konsumiere, solle dieselbe Freiheit behalten. Die Initiative setze dagegen auf staatliche Vorgaben statt auf Eigenverantwortung.

«Wir brauchen keine Staats-Nanny, die uns Vorschriften macht im Bereich der Ernährung, als seien wir kleine Kinder, die nicht selbst entscheiden können, was auf den Teller kommt», sagt er. Zumal KMU bei einer Annahme der Initiative mit mehr Bürokratie und noch mehr Staat rechnen müssten. «Für KMU würde die Initiative zusätzliche Vorschriften, Kontrollen und administrative Belastungen mit sich bringen. Betroffen wären insbesondere Unternehmen der Lebensmittelverarbeitung und des Gewerbes inklusive der Gastronomie.»

Negative Auswirkungen auf Berg- und Randregionen

Besonders kritisch beurteilt Regazzi die Auswirkungen auf die Berg- und Randregionen der Schweiz. Gerade im Tessin, aber auch in vielen anderen alpinen Gebieten, seien grosse Teile der landwirtschaftlichen Nutzflächen für den Ackerbau ungeeignet. Die nachhaltigste Form ihrer Bewirtschaftung sei die Haltung von Rindern, Schafen oder Ziegen. Eine Schwächung der Tierhaltung würde deshalb insbesondere die Berg- und Randregionen treffen.

Versorgungssicherheit durch Vielfalt an Produktion

Er weist zudem auf die Bedeutung der Versorgungssicherheit hin. Die Initiative drohe, die Produktionsmöglichkeiten in der Schweiz einzuschränken, ohne die Nachfrage nach Lebensmitteln zu reduzieren. Dies würde zwangsläufig zu höheren Importen führen – oftmals aus Ländern mit deutlich tieferen Umwelt-, Tierwohl- und Sozialstandards.

Die Schweizer Bäuerinnen und Bauern produzierten bereits heute nach hohen Standards und gehörten international zu den Vorreitern in den Bereichen Qualität, Tierwohl und Umweltverträglichkeit. Weitere Fortschritte sollten durch Innovation, technische Entwicklungen und marktwirtschaftliche Anreize erreicht werden – nicht durch zusätzliche Vorschriften und Verbote.

Für den **sgv** bringt die Initiative mehr Regulierung, mehr Bürokratie und weniger Wahlfreiheit. Sie belastet KMU und schwächt die Versorgungssicherheit. Der Verband empfiehlt deshalb ein Nein zur Ernährungsinitiative.

Weitere Auskünfte

Fabio Regazzi, Präsident, Mobile 079 253 12 74

Urs Furrer, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv rund 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.